

Von der Verwaltung

Herr Vahrson
Herr EPHK Möller
Frau Krumbholz
Herr Steinriede

Amt für Verkehr
PP Bielefeld
Ordnungsamt
Bauamt

TOP

6, 7, 8, 10, 11, 12
28
29

Herr Kricke

Büro des Oberbürgermeisters
und des Rates

Herr Tobien

Büro des Oberbürgermeisters
und des Rates, Schriftführer

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Franz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 48. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Gedenken an Hans Hamann erheben sich die Anwesenden für eine Schweigeminute von ihren Plätzen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

3.4 Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Diesterwegstraße

3.5 Beleuchtungssituation Niederwall / Steinstraße

3.6 Ausbau der Ravensberger Straße

22.2 Sicherung von Baumscheiben

22.3 Straßenschild Else-Lohmann-Straße

22.4 Schulorganisatorische Maßnahmen zum Schuljahr 2019/20 aufgrund des Schulwahlverhaltens im diesjährigen Anmeldeverfahren (Drucksachenummer 8301/2014-2020) erweitert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen und Bürgern in der Einwohnerfragestunde gestellt.

Zu Punkt 2

Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 2.1

Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 20.11.2018

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 20.11.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 21.02.2019**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 21.02.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Weiteres Vorgehen Emil-Groß-Platz**

Herr Tobien teilt mit, dass ein Arbeitsgespräch mit den Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertretern sowie dem Amt für Verkehr zu den Gestaltungsmöglichkeiten für den Verkehrsbereich am Emil-Groß-Platz stattgefunden habe. Die Diskussion werde insbesondere mit Blick auf rechtliche und finanzielle Fragen fortgesetzt und die Bezirksvertretung Mitte fortlaufend über den aktuellen Sachstand unterrichtet.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Straßenbeleuchtung Upmannstraße**

Das Amt für Verkehr teilt mit:

In der Upmannstraße sind die über 40 Jahre alten Masten nicht mehr standsicher und das vorhandene, über 40 Jahre alte blei-armierte Erdkabel abgängig. Daher sollen die vorhandenen vier Meter hohen Masten ausgetauscht und die Maststandorte angepasst werden. Gleichzeitig soll das vorhandene Erdkabel gegen ein kunststoffisoliertes Erdkabel ausgetauscht werden. Da die Stadtwerke Bielefeld planen, bis zur Hausnummer 19 die Versorgungsleitungen auszutauschen, soll in diesem Bereich eine kostengünstige Mitverlegung erfolgen. Durch insgesamt zwei zusätzliche Masten wird sich eine Verbesserung der Ausleuchtung ergeben. Auf den zusätzlichen Masten sollen auch Klarglas Pilzleuchten mit Kompaktleuchtstofflampen zum Einsatz kommen. Die Gesamtkosten dieser Baumaßnahme betragen ca. € 30.500,-. Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Straßenbeleuchtung Niedernstraße / Jahnplatz

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Dem Störungshinweis wurde von den Stadtwerken Bielefeld nachgegangen. Dabei musste festgestellt werden, dass ein in die Hauswand eingelassener Verteilerschrank versehentlich vom Hauseigentümer entfernt wurde. Mittlerweile wurde mit dem Eigentümer Kontakt aufgenommen und Ende Februar ein neuer Schrank installiert. Die beiden betroffenen Beleuchtungsstellen vor dem Geschäftshaus "TK MAX" sind seitdem wieder in Betrieb.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Diesterwegstraße

Das Amt für Verkehr teilt zur Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Diesterwegstraße zwischen Lippische Straße und Altenheim mit:

Bei der Sanierung des Geh- Radweges in Höhe des Ostparks sollen auch das über 50 Jahre alte bleiarmierte Erdkabel sowie die drei Beleuchtungsmasten erneuert werden. Hierfür wird die öffentliche Straßenbeleuchtung auf die westliche Straßenseite verlegt und wieder mit fünf Meter hohen Masten ausgestattet. Um die Dunkelzonen zu verringern, werden ein zusätzlicher Mast gestellt und LED-Leuchten mit rückwärtiger Ausleuchtung für den Gehweg eingebaut.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Beleuchtungssituation Niederwall / Steinstraße

Herr Meichsner teilt mit, dass es einen Fall von Körperverletzung am Niederwall gegeben habe und erklärt, dass eine früher von der Bezirksvertretung Mitte geforderte, bessere Ausleuchtung des Niederwalls zwischen Steinstraße und der Straße Am Bach nicht umgesetzt worden sei. Die Beleuchtungssituation dort habe sich beispielsweise durch in die Lichtkegel hineinwachsende Baumkronen verschlechtert und damit die Sicherheit in diesem Bereich abgenommen.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Ausbau der Ravensberger Straße

Herr Tobien erklärt, dass das Umweltamt im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 19.03.2019 zu einem Zeitungsbericht bezüglich des Ausbaus der Ravensberger Straße eine Mitteilung gegeben habe und diese Mitteilung auch in der Bezirksvertretung Mitte verlesen werden solle:

Alle genehmigungsrechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Baumaßnahmen sind erfüllt. Derzeit planen die Stadtwerke die notwendigen Umlegungen von Versorgungsleitungen. Das Amt für Verkehr bereitet die Ausschreibung für den Straßenbau einschließlich des Luttergerinnes vor. In 2019 beginnen die Bauarbeiten mit Straßenaufbrüchen für die Verlegung der Leitungen. Daran schließen sich die Arbeiten des Straßenbaus an. 2020 sollen alle wesentlichen Arbeiten abgeschlossen werden. Nach den Osterferien werden die Anwohner/innen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, in der es im Schwerpunkt um die Begrünung der Straße geht. Ein weiterer Termin für die Anwohner/innen ist vor Beginn der Straßenbauarbeiten geplant.

-:-

Zu Punkt 4 Anfragen

**Zu Punkt 4.1 Taxentransport für behinderte Menschen am Jahnplatz
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der BV Mitte**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7881/2014-2020

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Die Partei Bündnis 90 / Die Grünen hat angefragt, ob Taxen rund um den Jahnplatz in der Nähe von Arztpraxen halten dürfen, um seh- oder gehbehinderte Menschen ein- oder aussteigen zu lassen und ob dabei ggf. die Umweltspur überfahren werden dürfe. Anbei erhalten Sie die Informationsvorlage zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 04.03.19, in der auch die vorgenannten Fragen beantwortet werden [Drucksachenummer 8095/2014-2020; im Gremieninformationssystem einsehbar].

Hinsichtlich der Fragestellung, ob aus anderen Städten Erfahrungen bei ähnlicher Problemlage bekannt sind, wird mitgeteilt, dass bisher keine Vergleiche zu anderen Städten gezogen wurden und keine Kontaktaufnahme diesbezüglich stattgefunden hat. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Örtlichkeiten in Bielefeld und anderen Städten scheint diese Herangehensweise nicht zwingend zielführend.

Herr Langeworth fragt nach, ob die auf der zweiten Seite der Drucksachenummer 8095/2014-2020 beschriebene Haltemöglichkeit für Taxen an der Alfred-Bozi-Straße / Ecke Friedensstraße nur als mögliche Alternative genannt wurde oder tatsächlich umgesetzt würde. Herr Tobien erklärt, dass er diese Frage an das Amt für Verkehr weiter geben werde und es dann in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte hierzu eine Antwort gebe.

Herr Gutwald nimmt dazu Stellung und erklärt, dass bei der Umgestaltung des Jahnplatzes die Problematik der Spurnutzungs- und Haltemöglichkeiten für die Taxen berücksichtigt und gelöst werden müsse.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-:-

Zu Punkt 4.2 Verhinderung von Schleichverkehren in der Bismarckstraße (Anfrage der CDU-Fraktion der Bezirksvertretung Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8296/2014-2020

Frage

Welche umsetzbaren Maßnahmen werden von der Verwaltung zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen?

Zusatzfrage

Was wäre kurzfristig umsetzbar?

Antwort des Amtes für Verkehr:

Im Rahmen des Brückenneubaus der DB-AG musste die vonder-Recke-Straße voll gesperrt werden. In Zuge der Sperrung war zu Beginn der Baumaßnahme hilfsweise das Durchfahrtsverbot in der Bismarckstraße aufgestellt worden. Mit dem Beginn des Durchfahrtsverbotes sind dann Forderungen in den Nachbarstraßen – insbesondere Weststraße – aufgetreten, mit dem Ziel, die gleiche Bewertung und Anordnung zu erreichen. Seit dem Sommer 2018 sind alle Beschilderungen – Verbot der Durchfahrt/Anlieger frei - entfernt (einschl. der Umleitung durch die Weststr.). Zum einen, weil sich die Verkehrsströme durch die Vollsperrung der Wertherstr. (Kanalbau) in dieser Zeit neu verlagert haben und sich die Verkehrssituation recht entspannt dargestellt hat. Zum anderen auch, weil diese Beschilderungen nach Beobachtungen des Amtes für Verkehr kaum bis keine Veränderungen gezeigt haben. Die Beschilderung war des Öfteren von Unbekannten verschoben oder verdreht worden, so dass sie auch keine Wirkung zeigen konnte. Seit Mitte letzten Jahres sind aus diesem Umfeld keine Beschwerden mehr bekannt. Dass hier auch außerhalb der täglichen Rushhour ein unverhältnismäßig hohes Verkehrsaufkommen besteht, kann in der Gesamtabwägung nach Einschätzung des Amtes für Verkehr nicht gesehen werden. Wird nur ein Durchfahrtsverbot für die Bismarckstraße betrachtet, führt die Verkehrsführung / Umleitung sicherlich zu einem Mehrverkehr in den Nachbarstraßen. Ob die Polizei das Verbot überhaupt überwacht hat oder hier weiteren Handlungsbedarf sieht, ist uns nicht bekannt. Eine weitgehend gleichmäßige Verteilung der Verkehrsströme ist daher bei derartigen Großbaustellen im Umfeld erfahrungsgemäß für alle Anwohnerinnen und Anwohner im betroffenen Gebiet eine gerechte Lösung.

Zu den gefahrenen Geschwindigkeiten kann festgehalten werden, dass in den Kalenderwochen 33, 34, 42 und 43 im Jahr

2018 Messungen durchgeführt worden sind. Bei vier Messungen ist kein einziger Geschwindigkeitsverstoß festgestellt worden.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 4.3

Zusammenlegung zweier Stadtbahnhaltestellen an der Detmolder Straße
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der BV Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8314/2014-2020

Herr Tobien teilt mit, dass von moBiel noch keine Antwort zu dieser Anfrage vorliege.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Bolzplatz an der Heeper Straße
(Antrag der Fraktion Die Linke)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8317/2014-2020

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der gekündigten Pachtfläche der Grabelandanlage „Heeper Straße“ ein Konzept für einen ausreichend großen Bolzplatz zu entwickeln.

Herr Franz weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Mitte diesen Bereich bereits im Rahmen des Konzepts für den Luttergrünzug als Spiel- und Bewegungsfläche ausgewiesen habe. Eine Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter habe signalisiert, diesen Antrag in Form eines Prüfauftrages mittragen zu können. Er fragt daher nach, ob die Fraktion Die Linke den Antrag entsprechend umformulieren wolle.

Frau Krüger erläutert den Antrag und begründet, warum die Fraktion Die Linke an dieser Stelle einen Bolzplatz einer Parcour- oder Breakdance-Anlage vorziehe. Sie formuliert im Anschluss den Antrag zu einem Prüfauftrag um.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob auf der gekündigten Pachtfläche der Grabelandanlage „Heeper Straße“ ein ausreichend großer Bolzplatz entwickelt werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2

Öffentliche Toiletten im Bezirk Mitte **(Antrag der Fraktion Die Linke)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8318/2014-2020

Text des Antrags:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, welche Möglichkeiten gesehen werden, genügend öffentliche Toiletten im Bezirk Mitte sicher zu stellen.

Herr Franz erklärt, dass es zu diesem Antrag einen Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion gäbe. Ebenfalls lägen Stellungnahmen der Verwaltung und des Vorsitzenden des Seniorenrates vor. Er bittet Herrn Tobien, diese zu verlesen.

Zunächst verliest Herr Tobien die Stellungnahme vom Amt für Verkehr:

Verwaltung, Seniorenrat und DEHOGA sind sich in der Einschätzung einig, dass mit dem Projekt „Nette Toilette“ - wie in über 260 Städten und Gemeinden auch - ein flächiges Angebot an für die Öffentlichkeit nutzbaren Toiletten wirtschaftlich und mit sozialer Kontrolle sichergestellt werden kann. Alle Beteiligten arbeiten intensiv an der Implementierung des Projektes. Die erste „Akquisephase“ fiel in einen Zeitraum, in dem die Betriebe wenig Zeit hatten, sich intensiv mit dem Projekt auseinanderzusetzen. Insoweit war die Resonanz zunächst gering. In den nächsten Wochen soll intensiv für eine Teilnahme geworben werden.

Insoweit ist das Projekt nicht gescheitert.

Wirtschaftliche Alternativlösungen sollten daher erst überlegt werden, falls das Projekt tatsächlich nicht umgesetzt werden kann, wovon wir nicht ausgehen.

Sodann verliest er die Stellungnahme von Herrn Dr. Aubke, dem Vorsitzenden des Seniorenrates:

Ich bin mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden. Dies ist auch meine Einschätzung. Auf der Mitgliederversammlung der DEHOGA OWL am 21.03.2019 werden Frau Tönsing - Hauptgeschäftsführerin sowie Herr Büscher - Präsident - für die „Nette Toilette“ werben. Danach werden wir uns wieder zusammensetzen.

Herr Ridder-Wilkens nennt die Stellungnahme der Verwaltung mit Blick auf die bisher nicht erfolgte Umsetzung nicht nachvollziehbar. Dennoch werde die Fraktion Die Linke nun aufgrund des angekündigten Vorgehens zunächst den Antrag zurückziehen. Sofern sich aber in den nächsten Monaten keine Entwicklung feststellen lasse, würde der Antrag erneut gestellt werden.

Herr Meichsner begründet seinen ursprünglich als Ergänzungsantrag gedachten Antrag [Text s. Beschluss], über den nun nach Rücknahme des Antrags der Fraktion Die Linke eigenständig abgestimmt werden könne.

Herr Gutknecht begrüßt den Ergänzungsantrag und empfiehlt, diesen noch um einen Passus zu ergänzen, dass auch der dauerhafte Betrieb sicherzustellen sei. Sei dies nicht möglich, müssten die Toilettenanlagen abgebaut werden.

Herr Ridder-Wilkens spricht sich gegen einen ersatzlosen Abbau in diesem Fall aus.

Herr Henningsen führt aus, dass sich nichts ändern würde, wenn nicht auch ein Abbau im Fall der Nicht-Wiederinbetriebnahme beschlossen würde. Daher müsse dies ebenfalls mit beschlossen werden.

Sodann stellt Herr Franz den Antrag von Herrn Meichsner mit der Ergänzung von Herrn Gutknecht zur Abstimmung.

Beschluss:

Mit der seinerzeitigen Aufstellerfirma sind Gespräche mit dem Ziel zu führen, die nicht mehr betriebenen Toilettenanlagen Jahnplatz und Klosterplatz entweder wieder in Betrieb zu nehmen und den Betrieb dauerhaft sicher zu stellen oder aber ersatzlos abzubauen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Unerledigte Punkte der letzten Tagesordnung

Zu Punkt 6.1

Umgestaltung der Herforder Straße zwischen der Einmündung Nahariyastraße und dem Knotenpunkt Beckhausstraße / Walter-Rathenau-Straße

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 3498/2014-2020/1

Herr Franz weist darauf hin, dass der Bezirksvertretung Mitte mit dieser Vorlage ein Verfahrensstand geschildert und keine Entscheidung über die vorgestellten Varianten getroffen werde. Da es sich somit im Grunde um eine Informationsvorlage handle, hätten sich die Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter darauf verständigt, die Drucksachenummer 3498/2014-2020/1 heute nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Entscheidung über die Varianten und die Ausgestaltung müsste dann mit einer späteren Vorlage getroffen werden, die nach Beschluss über den Umbau des Jahnplatzes erstellt würde.

Herr Henningsen nimmt Bezug auf einen Zeitungsbericht, in dem die IHK sich kritisch zu den vorgestellten Planungen äußere. Die CDU-Fraktion teile diese Kritik und werde einem [mit einer späteren Vorlage vorgeschlagenen] Rückbau der Straße grundsätzlich nicht zustimmen.

Herr Vahrson (Amt für Verkehr) bestätigt, dass mit der Vorlage zunächst nur über die Abfolge der weiteren Verfahrensschritte und die geänderte Förderungsmöglichkeit nach dem Entflechtungsgesetz informiert würde. Eine Festlegung auf eine Variante erfolge aufgrund dieser Vorlage nicht.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Drucksachennummer 3498/2014-2020/1 zur Kenntnis und erwartet nach Vorlage des Verkehrsgutachtens Jahnplatz eine entsprechende Beschlussvorlage zu der geplanten Umgestaltung.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.2

**Ravensberger Straße, Querung Turnerstraße
hier: Verbesserungen für den Fuß-/Radverkehr**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7167/2014-2020

Drucksachennummer: 7167/2014-2020/1

Herr Henningsen greift den Vorschlag der SPD-Fraktion aus der letzten Sitzung auf, mit einer Rechts-vor-links-Regelung zu arbeiten. Dieser Variante hätte man sich anschließen können. Einer Bevorrechtigung der Ravensberger Straße, wie sie derzeit wohl von einer Mehrheit der Bezirksvertretung Mitte favorisiert würde, könne man nicht zustimmen. Herr Meichsner ergänzt, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante mit einer dem verkehrsberuhigten Bereich vorgelagerten Tempo 30 Zone in der Ravensberger Straße irritierend sei und Fragen der Rechtmäßigkeit aufwerfe. Die Gesamtsituation gebe eine Bevorrechtigung des Radverkehrs nicht her.

Herr Ridder-Wilkens teilt diese Einschätzung nicht und verweist auf die Ergebnisse der mit der Drucksachennummer 7167/2014-2020/1 abgearbeiteten Prüfaufträge. Er spreche sich für den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag aus. Sollte sich dieser in der Praxis als untauglich erweisen, könnten immer noch andere Überlegungen angestellt werden. Die Förderung des Radverkehrs sei richtig und zu unterstützen.

Beschluss:

Der Gestaltung der Querung Ravensberger Straße / Turnerstraße entsprechend der beigefügten Planung wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Städtebauliche Umgestaltung des Jahnplatzes

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 8077/2014-2020 mit den Ergänzungsanträgen

Drucksache: 8367/2014-2020 (Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion)

Antragstext:

In der weiteren Detailplanung der Verkehrsplanung sind die Möglichkeiten einer stärkeren Sicherung insbesondere der Fußgängerinnen und Fußgänger im Buswartebereich zu prüfen und der Bezirksvertretung Mitte zur weiteren Beratung vorzustellen.

Drucksache: 8392/2014-2020 (Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion)

Antragstext:

Die Bezirksvertretung empfiehlt im Rahmen der Freianlagenplanung für die Umgestaltung des Jahnplatzes folgende Aspekte bei der Gestaltung der Flächen zu berücksichtigen:

1.

Für die Freiflächen und Fußgängerbereiche sind eine Gestaltung mit Kleinpflaster, auch in Teil- oder Randbereichen, auszuschließen, um eine barrierefreie Begehbarkeit des Platzes sicherzustellen.

2.

Bei den Planungen sollte die Möglichkeit der Übernahme von Gestaltungselementen der Altstadt wie die Farbgebung des Altstadt-Pflasters und die Verwendung von Natursteinelemente geprüft werden, um einen gestalterisch integrierten Übergang von der Altstadt / Niedernstraße zum Jahnplatz zu schaffen. Diese Gestaltungselemente sollten auch für die Seite der Bahnhofstraße geprüft werden, um den Platz besser zu fassen.

3.

Um den Jahnplatz mit seiner lang gestreckten Form gestalterisch zu fassen, sollte der bereits vor einigen Jahren eingebrachte Vorschlag der Innenstadtkonferenz geprüft werden, für den Platz einen „Licht-ring“ und ein entsprechendes Lichtkonzept zu entwickeln.

Drucksache: 8397/2014-2020 (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Text s. Beschluss)

Drucksache: 8402/2014-2020 (Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im weiteren Verfahren die Variante einer Mittellage von Busspuren noch möglich ist. Hierbei soll eine Platzaufteilung von der Mitte betrachtet aus nach außen sich wie folgt darstellen:

- *Busspur,*
- *Wartebereich (mit Abgängen in die Passage oder über die beiden zentralen Zebrastreifen)*
- *PKW Spur,*
- *separate Radfahrspur,*
- *Fußgängerbereich (an den Häuserzeilen).*

Herr Henningsen sieht in der Verlegung des Radweges in die Mitte keine Verbesserung und schildert ausführlich seine Bedenken gegen den Verwaltungsvorschlag. Er hebt hervor, dass auf dem Jahnplatz wichtige

Straßen zusammenliefern und dieser Verkehrsknoten nicht geschwächt werden sollte. Umfahrungen würden zu mehr Emissionen führen. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion auf Bundesebene über die Anhebung der Grenzwerte stelle sich die Frage, ob der Umbau des Jahnplatzes überhaupt sinnvoll sei.

Herr Tewes gibt zu bedenken, dass man sich mit dem Umbau des Jahnplatzes für über 17 Mio. Euro aus Fördermitteln für über 20 Jahre binde. Er sehe die Notwendigkeit, mehr Zeit für vernünftige Lösungen zu bekommen. Er nennt für ihn ungeklärte Fragen der Verkehrsführung und sieht keine Vorteile gegenüber der jetzigen Situation. Den Verwaltungsvorschlag werde er ablehnen.

Herr Gutknecht erklärt, dass der Verkehrsversuch erfolgreich gezeigt habe, dass die Reduzierung der Verkehre auf dem Jahnplatz funktioniere. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte ein breiter aufgestelltes Verfahren mit einer Bürgerbeteiligung und einem Gestaltungswettbewerb begrüßt. Er erkundigt sich, auf welcher Spur E-Roller oder andere vergleichbare Kleinstmobilgeräte fahren würden und bittet um Auskunft, wie die Erhöhung von 13 auf 18 Mio. Euro bei den Fördergeldern zustande komme und wo diese zusätzlichen Millionen eingesetzt würden. Sodann begründet er seinen Ergänzungsantrag (Drucksachennummer 8397/2014-2020) und bittet, den Punkt Nr. 2 um „Werbe- und Radabstellanlagen etc.“ zu ergänzen. Zu seinem zweiten Ergänzungsantrag erklärt, dass es hier primär um die Frage gehe, ob es für die Verwaltung zeitlich noch möglich sei, im weiteren Verfahren als Variante eine Mittellage der Busspur zu prüfen.

Herr Ridder-Wilkens führt aus, dass sich seine Fraktion ein umfassendes Verkehrskonzept für Bielefeld wünsche. Dies sei aber mit Blick auf die finanzielle Situation nicht zu erwarten. Mit der Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Fördermitteln sei sehr häufig ein hoher Zeitdruck verbunden, der wie hier bei der Umgestaltung des Jahnplatzes zu politischen Problemen führe. Die Vorlage führe zu einer erheblichen Steigerung der Qualität des Jahnplatzes und werde daher unterstützt. Eine wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angedachte Busspur in der Mitte des Jahnplatzes sei unvorstellbar und daher werde dieser Prüfauftrag nicht unterstützt. Mehrere Gestaltungsvorschläge zum Mobiliar aber wären sinnvoll und daher beantrage er eine getrennte Abstimmung. Den Ergänzungsanträgen der SPD-Fraktion werde man sich anschließen.

Herr Suchla erklärt, dass es heute um einen Beschluss zur Entwurfsplanung gehe und Detailfragen später zu klären seien. Die Vorlage der Verwaltung begrüße er ausdrücklich. Nachdem er die zwei Ergänzungsanträge der SPD-Fraktion begründet hat, schließt er sich der Einschätzung von Herrn Ridder-Wilkens zu den Ergänzungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Herr Vahrson geht auf die gestellten Fragen ein und hebt hervor, dass bei der Verkehrsführung für E-Roller bundesgesetzliche Vorschriften Vorrang hätten und insofern keine gesonderte Planung erfolge. Die Beibehaltung der Umweltspur in Form einer Dauerlösung für die nächsten zwei Jahrzehnte erscheine nicht sinnhaft. Würde die Busspur in der Mitte verlaufen, müsste der Fußverkehr noch eine weitere Spur queren, was die Gefahrensituation eher erhöhe. An der ersten Kostenschätzung für die rei-

nen Baukosten habe sich wenig geändert. Es habe sich aber nach der Vorplanung gezeigt, dass für einzelne Maßnahmen außerhalb der reinen Baukosten wie beispielsweise bei der Bauüberwachung oder bei zusätzlichen, befristeten Stellen für Projektpersonal, weitere Fördermöglichkeiten bestünden.

Bei Einbeziehung neuer Grundsatzüberlegungen bzw. Varianten würde der ohnehin schon kaum einhaltbare Zeitplan wohl nicht realisierbar sein. Die vorgestellte Planung sei ohne Fördermittel für die Stadt Bielefeld vermutlich nicht finanziell darstellbar. Er sehe daher jetzt eine einmalige Chance für die Umgestaltung des Jahnplatzes. Im Rahmen der auf den heutigen Beschluss folgenden Entwurfs- und Ausführungsplanung könnten dann die heutigen Anträge zur Ausgestaltung noch Berücksichtigung finden.

Herr Gutknecht erklärt auf Nachfrage von Herrn Franz, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen alle ihre Ergänzungsanträge aufrechterhalte und mit der getrennten Abstimmung einverstanden sei.

Sodann lässt Herr Franz über die Ergänzungsanträge abstimmen.

Beschluss zur Drucksachenummer 8367/2014-2020:

In der weiteren Detailplanung der Verkehrsplanung sind die Möglichkeiten einer stärkeren Sicherung insbesondere der Fußgängerinnen und Fußgänger im Buswartebereich zu prüfen und der Bezirksvertretung Mitte zur weiteren Beratung vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss zur Drucksachenummer 8392/2014-2020:

Die Bezirksvertretung empfiehlt im Rahmen der Freianlagenplanung für die Umgestaltung des Jahnplatzes folgende Aspekte bei der Gestaltung der Flächen zu berücksichtigen:

- 1. Für die Freiflächen und Fußgängerbereiche sind eine Gestaltung mit Kleinpflaster, auch in Teil- oder Randbereichen, auszuschließen, um eine barrierefreie Begehbarkeit des Platzes sicherzustellen.**
- 2. Bei den Planungen sollte die Möglichkeit der Übernahme von Gestaltungselementen der Altstadt wie die Farbgebung des Altstadt-Pflasters und die Verwendung von Natursteinelemente geprüft werden, um einen gestalterisch integrierten Übergang von der Altstadt / Niedernstraße zum Jahnplatz zu schaffen. Diese Gestaltungselemente sollten auch für die Seite der Bahnhofstraße geprüft werden, um den Platz besser zu fassen.**
- 3. Um den Jahnplatz mit seiner lang gestreckten Form gestalterisch zu fassen, sollte der bereits vor einigen Jahren eingebrachte Vorschlag der Innenstadtkonferenz geprüft werden, für den Platz einen „Lichtring“ und ein entsprechendes Lichtkonzept zu entwickeln.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Über die Punkte der Drucksachenummer 8397/2014-2020 wird getrennt abgestimmt.

Beschluss zur Drucksachenummer 8397/2014-2020:

1.
Bei der weiteren Planung soll eine Umweltspur nicht ausgeschlossen werden und in der Detailplanung als Variante vorgeschlagen werden.

- bei einigen Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt -

2.
Für die Ausgestaltung des Mobiliars (Überdachungen, Geländer, Bänke, Werbe- und Radabstellanlagen etc. sind mehrere, unterschiedliche Gestaltungsvorschläge darzulegen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Beschluss zur Drucksachenummer 8402/2014-2020:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen ob im weiteren Verfahren die Variante einer Mittellage von Busspuren noch möglich ist. Hierbei soll eine Platzaufteilung von der Mitte betrachtet aus nach außen sich wie folgt darstellen:

- Busspur,
- Wartebereich (mit Abgängen in die Passage oder über die beiden zentralen Zebrastreifen)
- PKW Spur,
- separate Radfahrspur,
- Fußgängerbereich (an den Häuserzeilen).

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Beschluss zur Drucksachenummer 8077/2014-2020:

Die Bezirksvertretung Bielefeld Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss unter Berücksichtigung der oben gefassten Beschlüsse wie folgt zu beschließen:

Das Amt für Verkehr soll auf Grundlage der in der Anlage dargestellten Varianten die Überarbeitungen des Ing. Büro Bockermann+ Fritze von 2019 (Kopenhagener Modell mit verbreiterten Warteinseln) als Vorplanungsgrundlage (Vorzugsvariante) für die weiteren Planungsschritte zugrunde legen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Information über das Bauprogramm 2019 - 2023

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8217/2014-2020

Herr Gutwald erklärt, dass die Stadt Bielefeld nicht grundlos Baumaßnahmen in den vorgestellten Zeiträumen durchführe und eine Verschiebung die Probleme nur nach hinten verlagere. Später würde es dann wohl auch nicht besser, aber die zurzeit reichlich zur Verfügung stehenden Fördermittel wären nicht mehr abrufbar.

Herr Henningsen sieht bei dieser Planung die Gefahr, dass der Bielefelder Osten teilweise erheblich beeinträchtigt, wenn nicht sogar komplett abgeschnitten würde. Er weist darauf hin, dass beispielsweise gleichzeitige Baumaßnahmen in der Oldentruper Straße und in der Heeper Straße unbedingt vermieden werden müssten, das sonst als einzige Strecke die durch die Wohngebiete führende Spindelstraße bliebe. Auch der hier als emissionsfreie Innenstadt bezeichnete Umbau des Jahnplatzes kollidiere mit zahlreichen anderen Baumaßnahmen im Innenstadtdgebiet. Mit Blick auf den Tagesordnungspunkt 8 gebe er den Hinweis, dass die Schulwegplanung überarbeitet werden müsse.

Herr Tewes legt Wert darauf, insbesondere bei zeitlichen Verzögerungen Unerreichbarkeiten unbedingt zu vermeiden. Die Gewerbetreibenden hätten große Umsatzrückgänge, die beispielsweise beim Umbau der Detmolder Straße bei 70 % gelegen hätten.

Herr Vahrson (Amt für Verkehr) bittet um Verständnis, dass bei 360 Einzelmaßnahmen, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren durchgeführt werden müssten, die Zahl an Umleitungen und Alternativrouten begrenzt sei. Von Dritten gesetzte Bedingungen wie zum Beispiel zeitlich begrenzte Förderprogramme, gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit oder akute Verkehrssicherungspflichten würden dazu beitragen, dass sich trotz eines hohen Koordinierungsgrades Unannehmlichkeiten nicht vollständig vermeiden ließen. Der Verkehrsfluss stehe an oberster Stelle, parallele Baumaßnahmen bzw. Sperrungen könnten aber nicht immer ausgeschlossen werden.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8

Umbau der August-Bebel-Straße mit Hochbahnsteig Marktstraße und Umbau der Oelmühlenstraße mit Hochbahnsteig Krankenhaus Mitte, Straßen- und Gleisbaumaßnahmen

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8254/2014-2020

Herr Henningsen sieht Probleme beim Busersatzverkehr, der zu einer Überlastung der Knotenpunkte führen würde. Bereits jetzt stau es sich im Bereich Oststraße / Heeper Straße. Auch die abgeordneten, nur über die Rohrteichstraße erreichbaren Wohnstraßen würden dort zu einer Überlastung führen. Es sollte darüber nachgedacht werden, eine Informa-

tionsveranstaltung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern hierzu durchzuführen.

Herr Vahrson (Amt für Verkehr) geht auf die Hinweise ein und führt aus, dass eine Stadtbahn mitten durch ein Wohngebiet verlaufe und es daher enorme Schwierigkeiten gebe, um mittels der Hochbahnsteige die geforderte Barrierefreiheit herzustellen. Ohne erhebliche Eingriffe sei dies nicht durchführbar. Die Baumaßnahme werde aber genutzt, um parallel auch notwendige Kanalbaumaßnahmen durchzuführen und so zumindest eine zweite, nachträgliche Sperrung zu vermeiden.

Er schildert ausführlich die beabsichtigte Bauabfolge und begründet, warum man diese Form der Durchführung gewählt habe. Eine Informationsveranstaltung für Gewerbetreibende und Anlieger habe bereits stattgefunden und würde auch während der Bauzeit begleitend fortgesetzt. Der Busersatzverkehr solle so kurz wie möglich erfolgen und die Strecke vor dem Weihnachtsverkehr wieder frei sein.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Die Tagesordnungspunkte 9 und 9.1 werden gemeinsam beraten

Zu Punkt 9 **Verkehrsregelungen Körnerstraße / Niederwall - Umsetzungsmöglichkeiten**

Zu Punkt 9.1 **Absolutes Halteverbot auf einem Teilstück der Körnerstraße (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8308/2014-2020

Herr Franz beginnt mit dem Hinweis, dass die Stellungnahme des Amtes für Verkehr erst kurz vor der Sitzung am 21.02.2019 vorgelegen habe und darum zunächst nur zur Kenntnis genommen worden sei. Zur heutigen Sitzung liege ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vor, um auf der Nordseite von der Einmündung Turnerstraße bis zur Hausnummer 5 das eingeschränkte Halteverbot in ein absolutes Halteverbot umzuwandeln.

Herr Ridder-Wilkens bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, nach der ein absolutes Halteverbot an der Nordseite der Körnerstraße an der Ecke zur Turnerstraße kontraproduktiv sei. Die Fraktion Die Linke lehne daher den gemeinsamen Antrag ab und stelle den Antrag, entsprechend der Empfehlung der Verwaltung ein absolutes Halteverbot an der Körnerstraße Ecke Niederwall einzurichten. Durch dieses Halteverbot würden die Sichtachsen verbessert und die Verkehrssicherheit erhöht.

Herr Franz weist darauf hin, dass die Verwaltung vor einigen Wochen in dem von Herrn Ridder-Wilkens bezeichneten Straßenbereich ein absolutes Halteverbot eingerichtet habe und der Antrag sich insofern erledigt habe.

Herr Henningsen verweist darauf, dass sich der Verkehr seit der Abbindung des Niederwalls in der Körnerstraße erheblich erhöht habe. Die Ausführungen der Verwaltung zur Doppelaufstellung seien nicht schlüssig, da sich dort nun eine geänderte Markierung befände und sich niemand mehr anders aufstellen würde.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Franz zieht die Fraktion Die Linke ihren Antrag zurück.

Beschluss:

An der Körnerstraße ist auf der Nordseite von der Einmündung Turnerstraße bis zur Hausnummer 5 das eingeschränkte Halteverbot in ein absolutes Halteverbot umzuwandeln.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 10

Einziehung einer Teilfläche der Friedrich-Verleger-Straße (Gemarkung Bielefeld, Flur 71, Flurstück 620)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8206/2014-2020

Herr Franz gibt zu bedenken, dass hier eine Fläche eingezogen werden solle, ohne dass bekannt sei, wie die Friedrich-Verleger-Straße im Endausbau, insbesondere mit Blick auf die rechts in die Turnerstraße abbiegenden Busverkehre, aussehen werde. Die Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter hätten sich daher darauf verständigt, die Vorlage zurück zu stellen, bis dies dargestellt werden könne.

Herr Gutknecht vermisst in der Informationsvorlage Aussagen dazu, was mit der Fläche geschehen werde. Er regt an, demnächst einen größeren Maßstab für den Flächenausschnitt zu wählen und nach Klärung der Fragen den Sachverhalt erneut in die Bezirksvertretung Mitte zu bringen.

Herr Tewes erkundigt sich, welche Einflussmöglichkeiten die Bezirksvertretung Mitte noch habe, da hier nur eine Informationsvorlage vorgelegt worden sei.

Herr Vahrson informiert, dass das Amt für Verkehr die Einziehung der Teilfläche zunächst losgelöst von der Umgestaltung des Jahnplatzes gesehen habe, nun aber unter diesem Gesichtspunkt den Vorgang nochmals bewerten würde. Er nimmt die vorgebrachten Diskussionspunkte auf und erklärt, dass die Verwaltung zunächst die Planungen für die Umgestaltung des Jahnplatzes abwarten und vorher keine weiteren Schritte unternehmen werde.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage und die vom Amt für Verkehr gemachten Zusagen zum weiteren Vorgehen hierzu zur Kenntnis.

Zu Punkt 11

Einziehung einer Teilfläche der Straße Oberntorwall (Gemarkung Bielefeld, Flur 92, Flurstück 1147)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8207/2014-2020

Herr Franz hat Bedenken, dass hier die Möglichkeit bestünde, nach Abriss des bisherigen Gebäudes dank der eingezogenen Fläche mit einem Neubau aus der Bauflucht heraus und damit dichter an den Fußgängerweg heran zu rücken. Die Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter hätten sich darum auf die Empfehlung verständigt, auf Einziehung und Verkauf der Fläche zu verzichten, da sie die Bauflucht aus städtebaulicher Sicht gefährdet sehen.

Herr Vahrson weist darauf hin, dass hier bereits der Bebauungsplan, der den Fluchtlinienplan ersetzt habe, so ausgelegt sei, dass diese Fläche eingezogen würde. Die Verwaltungsvorlage stelle daher die Umsetzung des Bebauungsplanes dar. Er erklärt, dass die Verwaltung zunächst die rechtliche Situation prüfen und vorher keine weiteren Schritte unternehmen werde.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage und die vom Amt für Verkehr gemachten Zusagen zum weiteren Vorgehen hierzu zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Abbau der privaten Hinweisbeschilderung für das Einkaufszentrum LOOM

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8237/2014-2020

Herr Tewes erklärt, dass er sich von der Stadt Bielefeld ein weniger rigides und striktes Vorgehen gewünscht hätte.

Herr Gutknecht sieht dies anders und verweist darauf, dass hier entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen gehandelt worden sei. Die Stadt Bielefeld hätte ansonsten vermutlich sehr viele Interessenten, die mit zusätzlichen Schildern auf ihr Unternehmen hinzuweisen wünschten.

Herr Vahrson informiert darüber, dass der Einzelhandelsverband die Wünsche des Loom auch kritisch sähe und vor dem Gleichbehandlungsgrundsatz das Amt für Verkehr in seiner Sichtweise bekräftigt habe.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13

Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Stadtbezirk Mitte; Umsetzung in Gebiet T und Gebiet U; Gebiet I2

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8280/2014-2020

Herr Franz teilt mit, dass es hierzu einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion [Text s. Beschluss] gebe und verliest diesen.

Herr Suchla begrüßt für die SPD-Fraktion diesen Änderungsantrag. Er weist auf den hohen Parkdruck in den genannten Gebieten hin und unterstreicht, dass zügig eine aufeinander abgestimmte Lösung gefunden werden müsse.

Herr Kleinekathöfer stimmt dem zu und erklärt, dass er den Ausführungen der Verwaltung zum Gebiet I2 nicht folgen könne. Zu klären sei, ob beide Seiten der Prießallee betroffen seien.

Herr Langeworth ergänzt, dass es dort viele Neubaumaßnahmen von Wohnungsbaugesellschaften gäbe, die den Parkdruck weiter erhöhen würden. Sofern die Prießallee als Grenze für die Parkraumbewirtschaftung gewählt würde, käme es auf der Ostseite zu Verdrängungseffekten. Daher sollte die bewirtschaftete Zone entweder deutlich vor oder weit hinter der Prießallee enden.

Herr Henningsen erklärt, dass die in der Prießallee abgestellten PKW durchaus zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen. Insofern befürchte er eine Zunahme der gefahrenen Geschwindigkeiten mit dem entsprechenden Gefahrenpotential und würde die Prießallee nicht in die Parkraumbewirtschaftung mit einbeziehen.

Beschluss:

Die Vorlage wird an die Projektgruppe „Parkraumbewirtschaftung“ überwiesen und ist im Rahmen mit der zu erwartenden Vorlage zur Überprüfung und Harmonisierung der Festsetzungen innerhalb und untereinander der einzelnen Gebiete zu behandeln.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Altstadtmarkt (zusätzlicher Markttag am Freitag)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8298/2014-2020

Herr Franz teilt mit, dass es von der CDU-Fraktion einen Änderungsantrag [Text s. Beschluss] gebe, der die Stellungnahme von der Bielefeld Marketing GmbH zusammenfasse und als Beschluss präzisiere.

Herr Gutknecht gibt eine persönliche Erklärung ab und erklärt, dass in einer FDP-Publikation die FDP für sich beanspruche, die Marktidee ins Leben gerufen zu haben. In der Sitzung am 19.01.2017 aber sei der Antrag der FDP zurückgezogen worden und es habe dann einen gemein-

schaftlichen Antrag in der Bezirksvertretung Mitte gegeben, um diesen Markt zu realisieren. Dies sei kein Erfolg der FDP, sondern der Bezirksvertretung Mitte gewesen.

Herr Tewes gibt eine persönliche Erklärung ab und erklärt, dass jeder das Recht habe, seinen Beitrag in der Öffentlichkeit positiv darzustellen.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung beschließt die probeweise Erweiterung des Altstadtmarktes zunächst für das Jahr 2019 auf den Freitag in der Zeit von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr auf dem Alten Markt in dem bestehenden Umfang unter den folgenden Voraussetzungen:

- zur Sicherung eines hochwertigen Warenangebotes sind Anbieter von minderwertigen Waren oder Textilien auszuschließen;
- der Ausschluss gilt auch für marktbegleitende Angebote wie Getränkestände;
- bei Bedarf sollte eine Markterweiterung auf der Ostseite des TaM erfolgen.

2. Über eine Fortführung im Jahr 2020 ist nach einem Erfahrungsbericht der Bielefeld Marketing GmbH in Abstimmung mit dem Ordnungsamt rechtzeitig vor Jahresende in der Bezirksvertretung Mitte zu entscheiden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Lebenslagenbericht 2017/2018

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 7778/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 16 Schenkung von zwei Skulpturen durch Dr. Wolfgang Böllhoff

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8091/2014-2020

Herr Franz verliert den Änderungsantrag von der CDU-Fraktion [Text s. Beschluss] und erklärt, dass die Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertreter hierzu eine Verständigung erzielt hätten.

Herr Gutknecht gibt den Hinweis, dass auch der Standort des Ich-Denkmal von der Projektgruppe mit erörtert werden sollte, da die Bielefelder Flaneure den Park der Menschenrechte hierfür vorgeschlagen hätten. Herr Franz erklärt, dass dies unabhängig vom Beschluss zur Schen-

kung der zwei Skulpturen zu sehen sei. Über die Niederschrift werde aber dieser Hinweis als zusätzliche Anregung an die Projektgruppe weiter gegeben.

Zur Nachfrage von Herrn Tewes erklärt Herr Franz, dass der scheidende Kurator der Kunsthalle nicht hinzugezogen worden sei, da es sich hier um eine öffentliche Grünanlage handle, für deren Umgestaltung und Neuplanung ausschließlich die Bezirksvertretung Mitte zuständig sei.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mitte begrüßt die Schenkung von zwei Skulpturen durch Herrn Dr. Böllhoff und spricht sich für die Annahme der Schenkung aus.
2. Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Aufstellung der zwei Skulpturen von Nina Koch im Park der Menschenrechte.
3. Die genaue Positionierung erfolgt unter Einbeziehung der in Teilen für den Park vorgesehenen, aber noch nicht umgesetzten Möblierung durch die Projektgruppe der Bezirksvertretung Mitte „Park der Menschenrechte“ in Gemeinsamkeit mit der Künstlerin Nina Koch, Herrn Dr. Böllhoff, Herrn Nadrag, Herrn Beigeordneten Dr. Witthaus und dem UWB. Ebenso sind in der Projektgruppe die noch offenen Fragen von Zuständigkeiten abschließend zu klären.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17

Errichtung eines Accuracy-Ziels im Grünzug hinter der Volkeningschule

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8128/2014-2020

Zur Nachfrage von Herrn Meichsner, ob es andere Aktivitäten gebe, die durch diese Planung zurück gedrängt würden, erklärt Herr Tobien, dass dies vom Sportamt verneint worden sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Errichtung und den Betrieb eines Accuracy-Ziels im Grünzug hinter der Volkeningschule.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 18

**Konzept zur Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen
in der Stadt Bielefeld**
hier: „Saubere Innenstadt“

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8249/2014-2020

Herr Suchla zeigt sich sehr unzufrieden mit der Vorlage und erklärt, dass diese viel zu kurz greife. Der Hinweis, dass für den Stadtbezirk Mitte noch etwas in Arbeit sei, sei ihm zu wenig.

Herr Gutwald weist darauf hin, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz erst am 12.02.2019 mit der Drucksachenummer 7641/2014-2020 das Sicherheitskonzeptes beschlossen habe und die Bezirksvertretung Mitte nach dessen Erstellung informiert werden würde.

Es folgt ein reger Austausch unterschiedlicher Standpunkte zwischen Herrn Suchla, Herrn Gutknecht, Herrn Gutwald und Frau Rosenbohm darüber, wann und in welcher Weise die Bezirksvertretung Mitte zu den im Betriebsausschuss Umweltbetrieb und Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beratenen Konzepten hätte beteiligt werden können.

Herr Langeworth erklärt, dass zur Vermeidung der Vermüllung nicht nur mehr Müllbehälter aufgestellt werden müssten, sondern auch eine ordnungsrechtliche Variante dazu kommen müsste, um Fehlverhalten auch zu ahnden.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 19

**Verbreiterung des Gehweges im Bereich des Zugangs zum
Lydia Kinderhauses, Schloßhofstraße 4 a**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8268/2014-2020

Herr Suchla begrüßt, dass nach relativ kurzer Zeit hier durch aktives bürgerliches Engagement in Zusammenarbeit mit der Politik eine Lösung gefunden werden konnte.

Beschluss:

Der Verbreiterung des Gehweges im Bereich des Zugangs zum Lydia Kinderhaus entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 20

Veranstaltung „ohne auto mobil 2019“

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8285/2014-2020

Herr Meichsner nimmt Bezug auf die letzte Veranstaltung und schildert, dass es keine Durchlässigkeit für querenden Fuß- und Radverkehr gegeben habe. Dies müsse dieses Mal anders geregelt werden. Außerdem weise er auf die zahlreichen Baustellen im Innenstadtbereich hin, die bei der Planung der Verkehrsführung zu berücksichtigen seien.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 21

JH Niedermühlenkamp Energetische Sanierung - Vorstellung der Planungen -

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8260/2014-2020

Herr Henningsen äußert seine Zweifel, ob sich der Anbau des Treppenhauses mit der Denkmalwürdigkeit des Gebäudes verträge. Zum Ausweichquartier an der Oelmühlenstraße stelle sich ihm die Frage, ob man sich Gedanken zu Konflikten mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gemacht habe und ob mit Blick auf die Erreichbarkeit berücksichtigt worden sei, dass dort gleichzeitig eine Großbaustelle sei.

Herr Gutwald bittet um Klärung, ob mit dem Denkmalschutz alle Punkte abgestimmt worden seien und erinnert an die Anwohnerbeschwerden in der Vergangenheit. Ihn interessiere, ob mit den Umbaumaßnahmen diese dann ausgeräumt würden.

Frau Mertelsmann weist darauf hin, dass dies das letzte Jugendzentrum im Stadtbezirk Mitte sei und wirbt für Verständnis, wenn es ab und zu auch einmal lauter würde.

Herr Franz zählt auf, dass als besonders problematisch aufgefallene Veranstalter nicht mehr das Jugendzentrum nutzen würden, die Kapazität und Nutzungszeiten des großen Saals aufgrund der polizeilichen und brandschutzrechtlichen Bestimmungen reduziert worden seien und der Saal neue Schallschutzvoraussetzungen erfüllen müsse. Zu den Fragen des Denkmalschutzes und der Erreichbarkeit des Ausweichquartieres solle die Verwaltung noch einmal in der nächsten Sitzung berichten.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 22 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 22.1 **Verbesserung der Verkehrs- und Abstellsituation für Radfahrer im Bereich des Rathauses**

Das Amt für Verkehr und der Immobilienservicebetrieb teilen mit:

Die BV Mitte hat in Ihrer Sitzung vom 13.09.2018 folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht zur Verkehrssituation rund um das Rathaus für Radfahrer zu geben und Vorschläge für Verbesserungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Lt. Begründung des zugrundeliegenden Antrages soll der Bericht u.a. nachfolgende Punkte berücksichtigen und zu den aufgeführten Fragen Stellung beziehen:

1. Die Verwaltung wird gebeten, ihre Vorschläge und die weiteren Anregungen aus dem 1. Ortstermin bezüglich der Aufstellung von Fahrradbügeln rund um das Rathaus darzulegen und das weitere Verfahren zu erläutern.

2. Wie ist die rechtliche Situation für Radfahrer, die von der Kreuzstr. Richtung Jahnplatz fahren? Muss die Straße benutzt werden, oder ist die Fläche vor dem Rathaus eine Verkehrsnutzfläche, die auch für Radfahrer angemessen genutzt werden kann? Falls nein: Wo endet die ausgeschilderte Radfahrer-frei-Strecke von der Körnerstr. in Richtung Niederwall?

3. Wie kann für Radfahrer eine sichere Querung vom Rathaus zur gegenüberliegenden Seite gewährleistet werden?

4. Wie kann eine erlaubte Verbindung von der Straße Altstädter Kirchplatz zur Körnerstr. für Radfahrer eingerichtet werden (siehe Drucksache 6541)?

Zu 1.

Dazu nimmt der Immobilienservicebetrieb wie folgt Stellung:

In der Sitzung der BV Mitte v. 30.03.2017 wurde unter Bezug auf den Ortstermin und eine entwickelte Standortliste die Errichtung von weiteren Fahrradbügeln rund um das Rathaus beschlossen (TOP 13). Zudem wurde beschlossen, weitere Abstellanlagen in einem zweiten Schritt zu prüfen.

In den folgenden Monaten wurden die ausgewählten Standorte sukzessive um die zusätzlichen Abstellplätze erweitert. Insgesamt sind nunmehr 73 Bügel und somit 146 Stellplätze rund um das Neue und Alte Rathaus vorhanden.

In der o.g. Sitzung wurde zudem vereinbart, in angemessener Dauer (ca. 2 Jahre) die Situation vor Ort erneut zu betrachten. Hierbei sollen dann auch die Plätze in Augenschein genommen

werden, die in den ersten Überlegungen als möglich erschienen, aber letztlich noch nicht umgesetzt wurden. Eine solche Betrachtung soll daher im Frühjahr 2019 stattfinden.

Der ISB hat zudem in den vergangenen Monaten die Abstellmöglichkeiten für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Verwaltungsstandorten durch verschiedene Maßnahmen verbessert (bezogen auf den Standort „Rathaus“: Umbau des Durchgangs Viktoriastr. / Altes Rathaus, „Entrümpelung“ des bestehenden Fahrradkellers in der Tiefgarage des Neuen Rathauses). Weitere Maßnahmen sind geplant und führen in Kombination dazu, dass weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Bügel ausweichen müssen, die Parkmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger schaffen sollen.

Zu 2.

Der Radverkehr aus Richtung Kreuzstr. mit Fahrtrichtung Jahnplatz benutzt bis zur Brunnenstr. den Radfahrstreifen und wird vor dem Theater mittels entsprechender Markierung auf die Fahrbahn geführt. Ein Befahren der Fußverkehrsflächen vor dem Eingangsbereich des Stadttheaters und dem Alten Rathaus ist nicht zugelassen. Im weiteren Verlauf kann der Radverkehr hinter dem Fußgängerüberweg auf den nicht benutzungspflichtigen Radweg wechseln oder weiterhin die Fahrbahn benutzen.

Zu 3.

Eine sichere Querung vom Rathaus zur gegenüberliegenden Seite ist durch Nutzung der Fußgängerüberwege gewährleistet. Allerdings genießt der Radverkehr, anders als der Fußverkehr, auf dem Fußgängerüberweg keinen Vorrang gegenüber dem Kfz-Verkehr.

zu 4.

Die erlaubte Verbindung von der Straße Altstädter Kirchplatz zur Körnerstr. besteht wie für den Kfz-Verkehr als Linksabbieger durch Nutzung der Fahrbahn.

Die Kreuzung Altstädter Kirchplatz / Niederwall ist Unfallhäufungsstelle mit Fußgänger- und Radfahrerbeteiligung. Die Unfallkommission hat hier bauliche Maßnahmen beschlossen, welche noch umzusetzen sind. In diesem Kontext werden auch die heute bestehenden Radverkehrsführungen auf Verbesserungen geprüft. (vgl. TOP 7 der Sitzung der BV Mitte vom 03.05.2018).

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 22.2 Sicherung von Baumscheiben

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksachennummer 7804/2014-2020; Sicherung von drei Stück Baumscheiben) berichtet der Umweltbetrieb:

Die drei Bäume wachsen seit langer Zeit an den Standorten Alten Markt und Mirabellenplatz. Sie haben sich dort etabliert und mit den vorhandenen Gegebenheiten arrangiert. Die Linde auf dem Alten Markt ist durchaus vital und kommt mit der Nutzung der Baumscheibe als Abstellfläche für Hinweistafeln und andere Einrichtungen zurecht. Diese Beeinträchtigungen greifen nicht direkt in den Wurzelbereich ein, sondern haben eine oberflächenverdichtende Wirkung. Die Vitalität des Geweihbaums ist inzwischen so stark eingeschränkt, dass er trotz Durchführung verschiedener Pflegeschnittmaßnahmen in den vergangenen Jahren in absehbarer Zeit gefällt werden muss. Die regelmäßigen Baumkontrollen der Mirabelle weisen keine gravierenden Schäden aus. Der Mirabellenplatz ist rundherum abgepollert und kann nicht befahren werden. Negative Einflüsse in den Wurzelbereich gibt es hier zurzeit nicht. Für diese drei Bäume würde eine Baumschutzeinrichtung keinen Vorteil haben. Im Gegenteil: die Aufstellung wäre, neben den anfallenden Kosten, mit einem Eingriff in den jeweiligen Wurzelbereich verbunden. Aus fachlicher Sicht sind Sicherungen von Baumscheiben sowie Wurzelschutzmaßnahmen sehr sinnvoll bei neu gepflanzten Bäumen, wie am Süsterplatz und bei Jungbäumen an Standorten, die intensiven oder gar ordnungswidrigen Nutzungen ausgesetzt sind.

Herr Meichsner nimmt dazu Stellung und erklärt, dass entgegen der Aussage der Verwaltung die Mirabelle hochgradig verpilzt sei. Herr Gutknecht stimmt dem zu und erklärt, dass er die Aussagen des Umweltbetriebes hinsichtlich der Verdichtung des Erdreiches nicht teile, sondern einen anderen Eindruck gewonnen habe.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 22.3 Straßenschild Else-Lohmann-Straße

Herr Suchla weist darauf hin, dass nach dem Beschluss in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte zwar ein Schild aufgestellt worden sei, dieses aber drei Meter versetzt in der Straße stünde. Hier müsse nachgebessert werden.

Herr Franz geht davon aus, dass dies nur das Provisorium sein könne und bittet die Verwaltung, hier noch einmal einen besseren Standort zu finden.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 22.4 Schulorganisatorische Maßnahmen zum Schuljahr 2019/20 aufgrund des Schulwahlverhaltens im diesjährigen Anmeldeverfahren

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 8301/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt bezüglich der Luisenschule folgenden Beschluss: Vorbehaltlich der Genehmigung durch die obere Schulaufsicht und der Anhörung eventuell betroffener Nachbarschulträger, sowie Beteiligung der Schulkonferenzen, wird zur Sicherstellung eines möglichst bedarfsgerechten Schulplatzangebots zum Schuljahr 2019/20 an folgender weiterführender Schule der Stadt Bielefeld die Aufnahmekapazität erweitert:

Luisenschule: 1 Mehrklasse

- einstimmig beschlossen -

Nichtöffentliche Sitzung:

...

Franz
Bezirksbürgermeister

Tobien
Schriftführer